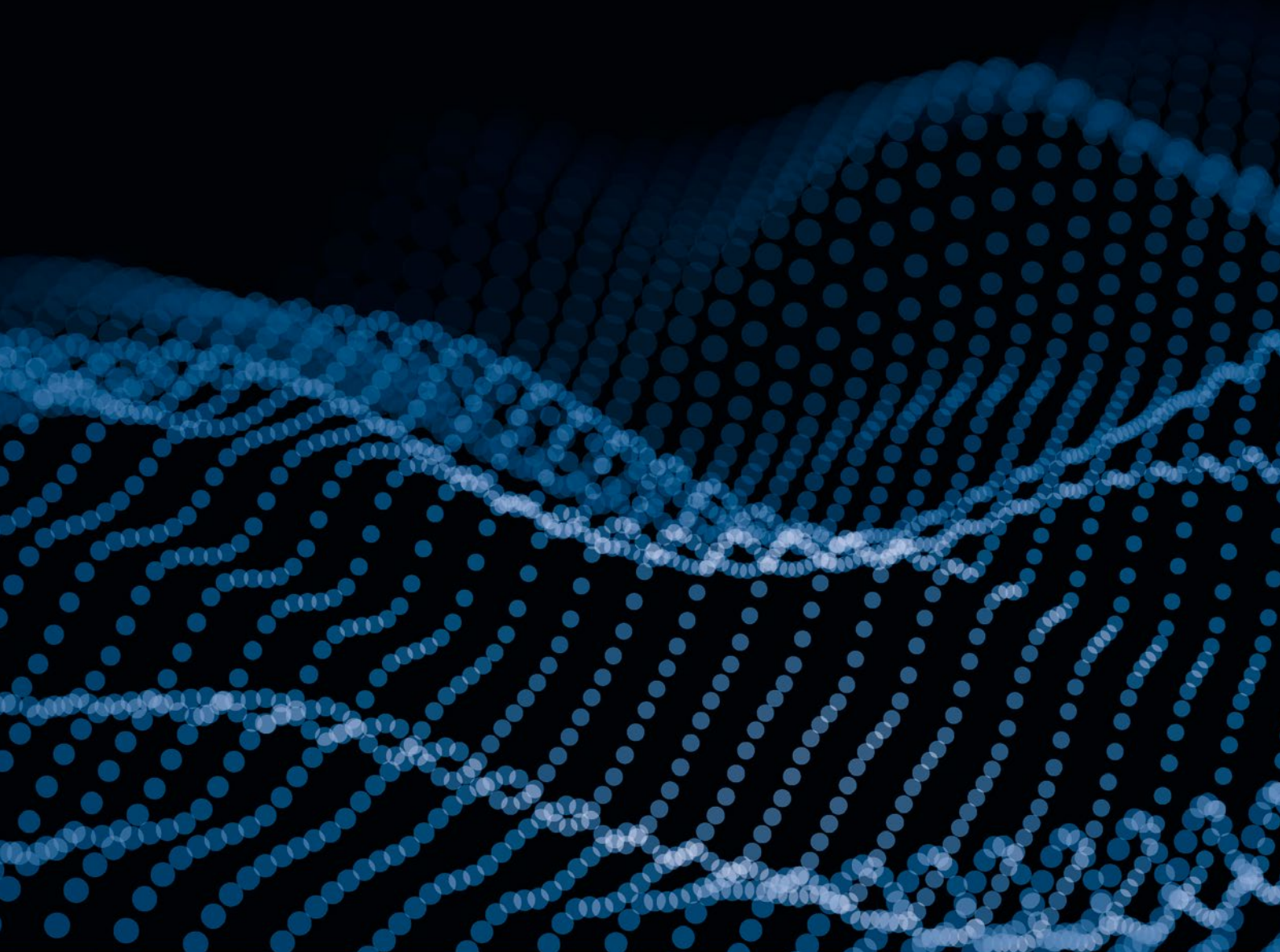




Bundesministerium
des Innern
und für Heimat



Digitales Deutschland – Souverän. Sicher. Bürgerzentriert.

Digitalpolitische Ziele und Maßnahmen bis 2025
des Bundesministeriums des Innern und für Heimat

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium des Innern und für Heimat
11014 Berlin

Internet: www.bmi.bund.de
Artikelnummer: BMI22007

Stand

April 2022

Gestaltung und Produktion

ORCA Affairs GmbH, Berlin

Bildnachweis

Nabugu – stock.adobe.com

© Bundesministerium des Innern und für Heimat
Berlin, 2022

Digitales Deutschland – Souverän. Sicher. Bürgerzentriert.

Digitalpolitische Ziele und Maßnahmen bis 2025
des Bundesministeriums des Innern und für Heimat

Inhalt



Digitales Deutschland –
Souverän. Sicher. Bürgerzentriert. 5



Staatliche Leistungen für Menschen und
Unternehmen digitalisieren..... 6



Staat modernisieren 7



Cybersicherheitsarchitektur modernisieren
und harmonisieren..... 8



Daten rechtssicher erschließen und nutzen 9



Digitale Souveränität festigen und interoperable
Infrastruktur schaffen 10



Digitales Deutschland – Souverän. Sicher. Bürgerzentriert.

Das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) sowie seine Geschäftsbereichsbehörden decken ein breites Spektrum an Aufgaben ab. Einen wichtigen Bereich bildet die Digitalisierung von Staat und Verwaltung unter Gewährleistung der Cyber- und Informationssicherheit. Das BMI folgt dem klaren Leitmotiv, dass die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in erster Linie den Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen dient und zugleich die Leistungsfähigkeit des Staates stärken soll. Gleichzeitig müssen wir sicherstellen, dass unsere Werte auch im digitalen Raum gelten und gelebt werden.

Die Arbeit des BMI fokussiert sich hierbei auf fünf abteilungs- und geschäftsbereichsbehördenübergreifende Themenfelder

- ▶ Staatliche Leistungen für Menschen und Unternehmen digitalisieren
- ▶ Staat modernisieren
- ▶ Cybersicherheitsarchitektur modernisieren und harmonisieren
- ▶ Daten rechtssicher erschließen und nutzen
- ▶ Digitale Souveränität festigen und interoperable Infrastruktur schaffen

Die fünf Themenfelder bündeln die wesentlichen übergreifenden gesellschaftlichen, strukturellen und auch technischen Herausforderungen im Kontext der Digitalisierung von Staat und Verwaltung unter Gewährleistung der Cyber- und Informationssicherheit. Die hiermit verbundenen Vorhaben, Projekte und Initiativen des BMI sind in den fünf Themenfeldern zusammengefasst, thematisch geordnet und dienen auch dem Ziel, das Wirken des BMI politisch und gesellschaftlich transparent und sichtbar zu machen.

Das BMI verfolgt einen Teil dieser Vorhaben gemeinsam mit Ländern und Kommunen. Einheitliche Standards und die Kompatibilität von Anwendungen über Zuständigkeitsgrenzen hinweg erhöhen die Nutzerfreundlichkeit und steigern die Sicherheit digitaler Verwaltungsleistungen. Cyber- und Informationssicherheit kann in einer vernetzten Gesellschaft nur durch das Zusammenwirken aller Akteure gelingen. Gemeinsam genutzte Infrastruktur und Anwendungen schonen zudem die öffentlichen Ressourcen. Auf der Grundlage des geltenden und gegebenenfalls weiterzuentwickelnden Verfassungsrechts will das BMI im Rahmen seiner Zuständigkeit einen substanziellen Beitrag für ein nutzerfreundliches und sicheres digitalisiertes Deutschland leisten.



Staatliche Leistungen für Menschen und Unternehmen digitalisieren

Nutzerorientierung wird leitendes Prinzip bei der Verwaltungsdigitalisierung. Wir arbeiten an digitalen Verwaltungsleistungen für alle Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen, die möglichst einfach, jederzeit, transparent und an jedem Ort nutzbar sind und zu spürbaren Erleichterungen im Alltag führen.



Ziele und Maßnahmen in der 20. Legislaturperiode:

- ▶ Mit der Weiterentwicklung des Onlinezugangsgesetz (OZG 2.0) schaffen wir den Rechtsrahmen, um die Governance in Bezug auf Quantität und Qualität der Verwaltungsdigitalisierung ab 2022 zu stärken. Die Weiterentwicklung geht mit einer ausreichenden Folgefinanzierung einher.
- ▶ Leitlinie für gute digitale Verwaltungsleistungen werden qualitative Erfolgsindikatoren: Verwaltungsleistungen werden stärker als bisher primär anhand des Nutzerbedarfs priorisiert und das „Einer für Alle“-Prinzip wird, wo sinnvoll, weiter gestärkt.
- ▶ Digitale Identitäten werden wir nutzerfreundlich, datenschutzkonform und sicher als Ökosystem für eine Vielzahl von Anwendungsfällen aufsetzen.
- ▶ Eine datensparsame und datenschutzkonforme Registermodernisierung wird eine wichtige Grundlage der Verwaltungsmodernisierung bilden (Umsetzung Once-Only-Prinzip).
- ▶ Mit der Unterstützung des GovTech Campus werden Lösungen von Start-Ups und Technologieunternehmen für die öffentliche Verwaltung nutzbar gemacht.



Staat modernisieren

Wir werden den Staat nachhaltig modernisieren, indem wir im Rahmen des geltenden und ggf. anzupassenden Verfassungsrechts bestehende Mechanismen, Abläufe und Verfahren selbstkritisch beleuchten. Wir werden neue Formen der Zusammenarbeit und Arbeitsteilung auch

zwischen den föderalen Ebenen implementieren, die Verwaltung umfangreich digitalisieren und dazu unter anderem die gemeinsamen IT-Anwendungen des Bundes harmonisieren. Außerdem werden wir den Auf- und Ausbau eigener Kompetenzen der Beschäftigten weiter optimieren.



Ziele und Maßnahmen in der 20. Legislaturperiode:

- ▶ Künftig werden Gesetze des Bundes im Vorfeld eines Rechtsetzungsverfahrens mit einem Digitalcheck auf die Möglichkeit der digitalen Ausführung geprüft und Schriftformerfordernisse abgebaut.
- ▶ Im Rahmen der Dienstekonsolidierung werden gemeinsame IT-Anwendungen des Bundes (Basis-, Querschnitts- und Infrastrukturdienste (BQI)) bis Ende 2025 harmonisiert und die Verwaltungsarbeit des Bundes (der unmittelbaren Bundesverwaltung) digitalisiert.
- ▶ Stärkung der Informationssicherheit und Umbau der Informationssicherheitsarchitektur des Bundes.
- ▶ Umsetzung der Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag zum Aufbau von ressort- und behördenübergreifenden agilen Projektteams und Innovationseinheiten mit konkreten Kompetenzen (GovLab.DE).
- ▶ Wir werden das Lobbyregistergesetz nach Maßgabe des Koalitionsvertrages nachschärfen.
- ▶ In Umsetzung des „Maßnahmenprogramms Nachhaltigkeit“ bauen wir die Kompetenzstelle Nachhaltigkeit im Beschaffungsamt des BMI aus und etablieren auf Ressortebene einen interministeriellen Ausschuss für nachhaltige öffentliche Beschaffung.
- ▶ Wir machen die Beschäftigten fit für die Digitalisierung. Die Digitalakademie unterstützt die digitale Transformation innerhalb der Bundesverwaltung durch Trainingsprogramme in bedarfsgerechten modularen Formaten.



Cybersicherheitsarchitektur modernisieren und harmonisieren

Cybersicherheit ist für die Digitalisierung von Gesellschaft, Staat und Verwaltung ein elementarer Bestandteil mit nationalen und internationalen sicherheitspolitischen Verknüpfungen. Wir sorgen hierbei für eine effektive und effiziente Aufstellung im Cyberraum und ein höchstmögliches Schutzniveau in der Cybersicherheit. Dazu modernisieren und schützen wir die staatlichen Netzinfrastrukturen unter Beachtung der föderalen Zuständigkeiten.



Ziele und Maßnahmen in der 20. Legislaturperiode:

- ▶ Modernisierung der nationalen Cybersicherheitsarchitektur, darunter: Ausbau des BSI zur Zentralstelle in der Informationssicherheit und Stärkung der Digitalen Souveränität in der Cybersicherheit.
- ▶ Weiterentwicklung der Cybersicherheitsstrategie anhand der Vorgaben des Koalitionsvertrags, Unterlegung mit konkreten Umsetzungsmaßnahmen und Implementierung eines Maßnahmencontrollings zur kontinuierlichen Erfolgsmessung.
- ▶ Weiterentwicklung des Informationssicherheitsrechts.
- ▶ Neuausrichtung und Weiterentwicklung der Cyberbefugnisse und Cyberfähigkeiten (einschl. ZITiS) der Sicherheitsbehörden des Bundes im Rahmen einer eigenständigen Cyberagenda.



Daten rechtssicher erschließen und nutzen

Wir sorgen dafür, dass die Daten der Verwaltung für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen besser verfügbar und nutzbar werden. Das gilt auch für die Verwaltung selbst. Hierzu werden wir die Datenkompetenz und die zugehörigen Analysefähigkeiten in unserer Verwaltung weiter stärken und gleichzeitig mit dem Datengesetz die Grundlagen schaffen, um eine verantwortungsvolle Datenerhebung und -nutzung sicherzustellen.



Ziele und Maßnahmen in der 20. Legislaturperiode:

- ▶ Wir werden die Datenstrategie der Bundesregierung vorantreiben, damit Deutschland zum Vorreiter für das innovative und verantwortungsvolle Nutzen und Teilen von Daten in Europa wird.
- ▶ Mit einem Datengesetz schaffen wir die rechtlichen Grundlagen, um Standards zur Erhöhung der Datenqualität und -quantität zu vereinheitlichen und die Nutzung von Daten innerhalb und außerhalb der Verwaltung zu erhöhen.
- ▶ Wir richten ein Dateninstitut als kontinuierlichen Impulsgeber ein, um alle Bundesbehörden und -beschäftigte bei der Etablierung einer verwaltungsbezogenen Datenkultur proaktiv zu unterstützen.
- ▶ Die Datenqualität in den zentralen und dezentralen Registern der deutschen Verwaltung muss verbessert werden. Dafür werden wir die Register modernisieren und schaffen zugleich die rechtlichen und tatsächlichen Grundlagen für einen registerbasierten Zensus, der zukünftig Bevölkerungs- und Wohnungsdaten schnell und aufwandsarm bereitstellt.



Digitale Souveränität festigen und interoperable Infrastruktur schaffen

Wir wollen die Handlungsfähigkeit des Staates auch im digitalen Raum langfristig sicherstellen. Es gilt Fähigkeiten und Möglichkeiten von Individuen und Institutionen zu stärken, damit sie ihre Rolle(n) in der digitalen Welt selbstständig, selbstbestimmt und sicher ausüben können.

Gemeinsam mit Ländern und Kommunen minimieren wir die Abhängigkeiten von einzelnen Technologieanbietern unter anderem mithilfe von Open-Source sowie offenen Schnittstellen und offenen Standards.



Ziele und Maßnahmen in der 20. Legislaturperiode:

- ▶ Wir setzen uns gemeinsam mit den Ländern und der FITKO für eine föderale IT-Architektur ein, die verbindliche Standards und Schnittstellen festlegt.
- ▶ Mit der Deutschen Verwaltungscloud-Strategie verfolgen wir die Multi-Cloud-Strategie der öffentlichen Verwaltung, um Lock-in-Effekte zu reduzieren und eine Cloud-übergreifende und wechselseitige Nutzung von Anwendungen in der öffentlichen Verwaltung zu ermöglichen.
- ▶ Wir unterstützen die Verfügbarkeit moderner, leistungsfähiger und skalierbarer Open Source Software-Lösungen. Mit der Open-Source-Plattform „Open CoDE“ wird für Bund, Länder und Kommunen eine Plattform für den Austausch von Open Source Software zur Verfügung gestellt, die kontinuierlich erweitert werden kann. Die Plattform beflügelt die Wiederverwendung und die gemeinsame Weiterentwicklung von Softwarelösungen mit offenen Quellcodes der öffentlichen Verwaltung.
- ▶ Die Netzinfrastruktur wird zum Informationsverbund der öffentlichen Verwaltung modernisiert. Die Modernisierung der Netzinfrastruktur und des Digitalfunks BOS bilden hierbei eine wichtige Grundlage für eine Verwaltungsmodernisierung.

